

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 13. Dezember 2022 in Brüssel

Am 13. Dezember 2022 fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Behandelt wurden die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung, die Schlussfolgerungen des Rates zur Erweiterung sowie zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, die Vorbereitung für den Europäischen Rat am 15. Dezember 2022, der jährliche Rechtsstaatlichkeitsdialog, die legislative Programmplanung, das Europäische Semester 2023 sowie die Folgemaßnahmen zur Konferenz zur Zukunft Europas.

Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung

Der Rat nahm seine Position für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament („Allgemeine Ausrichtung“) über die Verordnung an.

Schlussfolgerungen zur Erweiterung sowie zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zur Erweiterung sowie zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess an und gab damit grünes Licht für die Verleihung des Kandidatenstatus an Bosnien und Herzegowina. Österreich hatte sich auf verschiedenen Ebenen sehr für diesen Schritt eingesetzt und ich begrüßte diesen daher als starkes Signal an Bosnien und Herzegowina sowie alle Westbalkan-Partner sehr.

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 15. Dezember 2022

Es fand ein Austausch zu den Schlussfolgerungen für den Europäischen Rat am 15. Dezember 2022 statt. Im Fokus der Diskussion standen die Themen Ukraine/Russland sowie Energie und Wirtschaft.

Angesichts der besorgniserregenden Lage – insbesondere auch in Österreich – sprach ich mich für eine strategische Aussprache der Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat zu Migration aus. Ich betonte die Wichtigkeit weiterer Maßnahmen auf EU-Ebene, wie etwa einer „Zurückweisungsrichtlinie“, die eine beschleunigte Ablehnung offensichtlich unbegründeter Asylanträge ermöglichen würde. Ich begrüßte in diesem Zusammenhang, dass die Europäische Kommission einige der wichtigsten Forderungen Österreichs in ihrem Aktionsplan für die Westbalkan-Route aufgegriffen hat, wie etwa Pilotprojekte für schnelle Asylverfahren in Mitgliedsstaaten an der EU-Außengrenze sowie finanzielle Unterstützung für Mitgliedsstaaten, die bilateral die Mitgliedsstaaten und Westbalkan-Partner bei ihren Grenzschutzaktivitäten unterstützen.

Zum Thema Ukraine/Russland herrschte Einigkeit über die weitere Unterstützung der Ukraine. Ich informierte über die von mir initiierte Delegationsreise am 22. und 23. November 2022 nach Kyjiw gemeinsam mit hochrangigen europäischen Politikerinnen. Ich berichtete von meiner Beobachtung, dass die humanitäre Hilfe der EU und ihrer Mitgliedsstaaten tatsächlich ankommt – und gebraucht wird.

Zum Thema Energie und Wirtschaft bekräftigte ich, dass die Europäische Kommission zur Begrenzung des Gaspreises für die Stromerzeugung nun rasch einen Vorschlag zur europäischen Ausgestaltung des „iberischen Modells“ vorlegen solle.

Schließlich unterstrich ich nochmals die Entscheidung, den Kandidatenstatus an Bosnien und Herzegowina zu verleihen (Billigung durch den Europäischen Rat am 15. Dezember 2022) als sehr starkes und wichtiges Signal.

Jährlicher Dialog über Rechtsstaatlichkeit

Auf Basis der Länderkapitel des Rechtsstaatlichkeitsberichts der Europäischen Kommission für das Jahr 2022 fand die insgesamt fünfte Aussprache zu einzelnen Mitgliedsstaaten statt. Gemäß protokollarischer Reihenfolge wurde dabei die Rechtsstaatlichkeit in Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien und Schweden besprochen. Die Mitgliedsstaaten unterstrichen die Wichtigkeit gemeinsamer Werte und Rechtsstaatlichkeit, insbesondere vor dem Hintergrund der russischen Aggression gegen die Ukraine, und sprachen unter anderem die Themen Transparenz, Kampf gegen Korruption, Medienfreiheit sowie Effizienz, Unabhängigkeit, Reformen und Digitalisierung der Justiz an. Ich bekräftigte die Unterstützung für den Dialog über die Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen und sprach insbesondere die Wichtigkeit der Rechtsstaatlichkeit für Politik und Demokratie sowie die Unabhängigkeit der Justiz an und stellte entsprechende Fragen.

Legislative Programmplanung – Gemeinsame Erklärung über die gesetzgeberischen Prioritäten der EU für 2023-2024

Der Rat billigte die gemeinsame Erklärung des Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission über die Prioritäten für die nächsten 18 Monate.

Europäisches Semester 2023

Der tschechische Ratsvorsitz sowie Schweden, das mit 1. Jänner 2023 den Vorsitz im Rat übernommen hat, stellten den geplanten Ablauf des Europäischen Semesters im Jahr 2023 vor.

Folgemaßnahmen zur Konferenz zur Zukunft Europas

Der tschechische Ratsvorsitz informierte über die Ergebnisse der Feedback-Veranstaltung, die am 2. Dezember 2022 in hybridem Format in Brüssel stattfand. Beim anschließenden Austausch zu den weiteren Folgemaßnahmen zur Konferenz lag der Fokus auf einer engen Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Schweden sagte zu, die Arbeiten zu den Folgemaßnahmen unter schwedischem Ratsvorsitz ab 1. Jänner 2023 fortzuführen.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

20. Jänner 2023

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin